

---

**Bekanntmachung  
der deutsch-peruanischen Vereinbarung  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 5. Mai 2015**

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 23. September 2013/8. November 2013 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru über Finanzielle Zusammenarbeit 2013 ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 9. Oktober 2014

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 5. Mai 2015

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Paul Garaycochea

Der Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland

Lima, den 23. September 2013

Frau Ministerin,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die Abkommen vom 15. Oktober 2003 und 25. Juli 2006 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit, den Notenwechsel vom 5. und 13. Dezember 2011 sowie auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 12. bis 14. Juni 2012 folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Peru oder anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für die Weiter- und Durchführung folgender Vorhaben vergünstigte Darlehen der KfW, die im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt werden, von bis zu 208 Millionen Euro zu erhalten:
  - a) Reformprogramm des kommunalen Managements I und II von bis zu 30 Millionen Euro;
  - b) Lokale Entwicklung durch FONCODES/MIDIS von bis zu 10 Millionen Euro;
  - c) Sektorreformprogramm Siedlungswasserwirtschaft PGF, Phase V und VI von bis zu 25 Millionen Euro;
  - d) Sektorprogramm Abwasserentsorgung in Provinzstädten II von bis zu 40 Millionen Euro;
  - e) Forstinvestitionsprogramm von bis zu 30 Millionen Euro;
  - f) Programm zur Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft von bis zu 18 Millionen Euro;
  - g) Regenerative Energien/Energieeffizienz, COFIDE, Phase III von bis zu 55 Millionen Euro,wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist, die gute Kreditwürdigkeit der Republik Peru weiterhin gegeben ist und die Regierung der Republik Peru eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmer wird. Die Vorhaben können nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.
2. Die Verwendung der in Nummer 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.
3. Die Zusage der in Nummer 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und/oder Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2020.
4. Die Regierung der Republik Peru, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro oder US-Dollar in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehen aufgrund der nach Nummer 2 zu schließenden Verträge garantieren.
5. Im Hinblick auf Steuern und sonstige öffentliche Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Nummer 2 erwähnten Verträge in der Republik Peru erhoben werden, gilt das peruanische Gesetz. Falls in Anwendung der peruanischen Gesetze Steuern auf die Zahlung von Zinsen und sonstigen Provisionen im Zusammenhang mit den Darlehen erhoben werden, so werden diese vom Ministerium für Wirtschaft und Finanzen der Republik Peru übernommen.
6. Die Regierung der Republik Peru überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.
7. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dieser Notenwechsel stellt eine Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien dar, die in dem Moment in Kraft tritt, in dem die Regierung der Republik Peru der Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Vollzug der von ihrer Rechtsordnung vorgegebenen Verfahren mitteilt.

Genehmigen Sie, Frau Ministerin, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Joachim Schmillen

Ihrer Exzellenz  
der Ministerin für Auswärtige Angelegenheiten  
der Republik Peru  
Frau Eda Adriana Rivas Franchini  
Lima

---